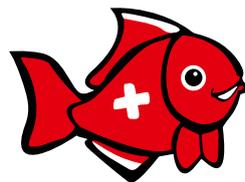


DEN AUFTRAG ERFÜLLEN!

Gespräch mit AUNS-Gründungspräsident
Dr. Christoph Blocher



Die AUNS muss bereit sein, den Kampf für diese Freiheit zu führen. Sie darf sich nicht verzetteln.

Am 19. Juni 1986 haben Sie als designierter AUNS-Präsident im Restaurant Bürgerhaus in Bern die AUNS gegründet. Wenn Sie zurückblicken: Was hat sich in der Schweiz seit der AUNS-Gründung wesentlich geändert?

Zunächst das Erfreuliche: Die Schweiz ist nicht Mitglied der Europäischen Union. Das ist nicht zuletzt das Verdienst der AUNS. Aber die tragenden Säulen des Landes sind noch gefährdeter als damals – vor allem von innen.

Also braucht es die AUNS noch?

Unbedingt: Dringender denn je. Den bedrohten Staatssäulen verdankt die Schweiz die Wohlfahrt und die Freiheit. Die AUNS muss bereit sein, den Kampf für diese

Freiheit zu führen. Sie darf sich nicht verzetteln. Sie ist der Wachhund, der dafür sorgt, dass unsere höchsten Staatsgüter nicht preisgegeben werden.

Die AUNS ist Mitglied des von Ihnen präsidierten Abstimmungskomitees gegen den schleichenden EU-Beitritt. Die Schweiz ist nicht zuletzt dank Ihres politischen Einsatzes und der AUNS nicht EU-Mitglied. Warum aber ist die vom Bundesrat favorisierte Erneuerung des bilateralen Weges gefährlich? Verhindert der Bundesrat damit nicht gerade den Vollbeitritt?

Unter falschem Namen und vordergründig schönen Worten versucht die classe politique das verwerfliche Ziel EU-Beitritt zu erreichen! Der beschönigende Titel für diese bösen Taten heisst dann zum Beispiel «Erneuerung des bilateralen Weges». Man will einen Rahmenvertrag, in welchem sich die Schweiz verpflichtet, automatisch das EU-Recht zu übernehmen und sich im Konfliktfall dem EU-Gerichtshof zu unterwerfen. Also

die Schweiz soll fremde Gesetze und fremde Richter übernehmen. Dies wäre ein Kolonialvertrag, der die Schweiz in die EU führt. Dies kann nur noch durch den Souverän mittels Volksabstimmung verhindert werden. Zu diesem Zweck ist das «Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt» (EU-NO) gegründet worden.

Wann ist mit EU-politischen Abstimmungen zu rechnen?

Ursprünglich war 2016 vorgesehen. Der Bundesrat hat aber den Termin etwas nach hinten verschoben. Wir rechnen mit einer Volksabstimmung frühestens Ende 2016, Anfang 2017.

Schweizer Firmen werden ins Ausland, insbesondere nach China verkauft. Wegen des hohen Frankens werden offenbar Produktionen ausgelagert. Die Arbeitsplatzfrage macht den Menschen Sorgen. Ist deshalb der Zugang zum EU-Binnenmarkt für die Schweizer Wirtschaft nicht lebenswichtig?

Die Schweiz hat Zugang zu aus-



Die Schweizer Grenzen müssten also stärker bewacht werden. Bundesbern sträubt sich gegen den Armee-Einsatz zur Unterstützung des Grenzwachtkorps und erklärt, man habe alles im Griff. Braucht es eine Grenzschutz-Initiative? Braucht es eine Schengen-Austritts-Initiative?

Personenkontrolle an der Grenze ist dringend. Sonst werden wir überannt. Und Schengen/Dublin ist tot, sagte Frau Merkel. Kein Staat – ausser der Schweiz – hält sich noch daran. Allerdings ist eine Grenzschutzinitiative unnötig und gefährlich. Es fehlt nicht an den gesetzlichen Grundlagen, sondern am politischen Willen. Nach allfälliger Annahme der Initiative geht der Missstand weiter. Sollte eine solche Initiative aber abgelehnt werden, dann wird das Votum so ausgelegt werden, dass das Volk gar keine Grenzkontrolle wolle.

Austritt aus Schengen/Dublin?

Bevor man eine solche Volksinitiative lanciert, müsste man das Vorgehen und die Folgen und das Prozedere gründlich prüfen. Zum Beispiel: Wie verhält es sich mit dem polizeilichen Fahndungssystem und der grenzüberschreitenden Verbrechenbekämpfung?

Nur keine überstürzten Entscheide. Volksinitiativen sollten stets bei Annahme und Ablehnung eine Win-win-Situation darstellen, oder wie der Schweizer sagt: «Figgi und Müli» beinhalten.

Was hat die AUNS zu tun? Wo sehen Sie als Gründungspräsident die Schwerpunkte?

Den Auftrag erfüllen! Wachen darüber, dass keine neutralitätswidrigen und unabhängigkeitwidrigen Entscheide gefasst werden. Wider-

stand leisten. Referenden sind Volksinitiativen vorzuziehen. Aber keine kopflosen sinnlosen Aktivitäten um der Profilierung willen. Jetzt alles auf die Verhinderung des Rahmenvertrages – das heisst des EU-Beitritts – setzen!

Nicht wenige Schweizerinnen und Schweizer resignieren: Bern mache sowieso was es wolle, eidgenössische Werte gingen verloren und man «lande» schliesslich doch in der EU. Was können wir diesen Bürgerinnen und Bürgern zurufen?

Die Resignation ist verständlich, aber fehl am Platz. Dank unseres Widerstands gegen den EU-Beitritt ist die Schweiz nicht Mitglied der EU und wir können dafür sorgen, dass es auch schleichend nicht passiert.

Wenn Sie auf Ihre AUNS-Zeit zurückblicken: Welches Ereignis ist Ihnen in bester Erinnerung geblieben?

Vor allem das Engagement der Menschen im aussichtslos scheinenden Kampf gegen den EWR/EU-Beitritt im Jahre 1992. Der 6. Dezember 1992 war die wichtigste Volksabstimmung des vergangenen Jahrhunderts.

Und die Stimmbürger haben mitten in einer schweren wirtschaftlichen Rezession, bei einer Stimmbeteiligung von 80 % gegen alles, was glaubte, Rang und Namen zu haben, und unter dem Druck der offiziellen Schweiz und der Drohung, die Schweiz werde bei einem Nein untergehen, Nein gesagt! Und wie sich heute zeigt: Es war für das Land ein grosses Glück.

*Mit Christoph Blocher sprach
Werner Gartenmann*



ländischen Märkten – auch zur EU. Die bilateralen Verträge sind für unser Land weder überlebenswichtig noch gefährdet, denn die EU-Länder werden die bilateralen Verträge nie fallen lassen. Diese sind vor allem in ihrem eigenem Interesse.

Im Zusammenhang mit der Flüchtlingsdiskussion hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker kürzlich gesagt, die Geschichte werde der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel recht geben. Auch Frau Bundesrätin Sommaruga unterstützt die «Willkommenskultur» von Frau Merkel. Also alles halb so schlimm? Und sind Ängste in der Bevölkerung «rechtspopulistische Zuckungen»?

Die freie Zuwanderung wird zum Hauptproblem der westlichen Länder. Freie Einwanderung und Wohlfahrtsstaat verträgt sich nicht. Darum ist auch die Willkommenskultur in der EU schon wieder vorbei. Nur Frau Sommaruga hält daran fest. Was sie in der Migrationspolitik tut, ist rechtswidrig und verantwortungslos.